

Geht per Mail an: sandrine.favre@sem.admin.ch
Helena.schaer@sem.admin.ch

26.4.2018

Vernehmlassung: Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2016/1624 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (VWAL und VZAG); sowie weitere Verordnungsanpassungen im Migrationsbereich (Totalrevision VEV, Anpassungen der VZAE und der RDV)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Die BDP begrüsst die Übernahme der Verordnung zur Europäischen Grenz- und Küstenwache. Sie weist darauf hin, dass die Verordnung nicht nur eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes bedeutet, zu deren Übernahme sich die Schweiz verpflichtet hat, sondern dass die Verordnung einen besseren Schutz vor illegalen Einreisen aus Drittstaaten in den EU-Raum, und damit auch in die Schweiz, wie auch eine bessere Organisation des Rückkehrsystems, von welchem auch die Schweiz profitieren sollte, ermöglicht. Nichtsdestotrotz weist die BDP darauf hin, dass Abschottung alleine das Problem der illegalen Migration nicht löst.

Die BDP befürwortet die Übernahme der neuen europäischen Verordnung, welche einerseits einen besseren Schutz der Schengener Aussengrenze, mittels einer neu eingeführten Verwaltung, andererseits auch den Aufbau eines Rückkehrsystems für abgewiesene Asylsuchende aus dem ganzen Schengen-Raum anstrebt. Dies aus folgenden Gründen:

- Die Schweiz hat sich zur Übernahme von Weiterentwicklungen des Schengener Besitzstandes verpflichtet. Eine Weigerung der Übernahme käme der Schweiz teuer zu stehen.
- Das Parlament hat dem Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2016/1624 über die Europäische Grenz- und Küstenwache Ende 2017 zugestimmt.
- Die Schweiz profitiert von einer verbesserten Verwaltung und einem verbesserten Schutz der Schengener Aussengrenze.

- Ein verbessertes Rückführungssystem von abgewiesenen Asylsuchenden aus dem ganzen Schengen-Raum ist ganz im Sinne der Schweiz, welche selbst auch abgewiesene Asylsuchende in ihre Heimatländer zurückschaffen muss.

Den Beitrag, den die Schweiz mit Übernahme der Verordnung zu leisten hat, ist akzeptabel: Die Schweiz stellt Rückkehrspezialisten und –beobachter sowie Begleitpersonal.

Bei der Anpassung der Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen wird der vorgesehene Wechsel vom Identitätsausweis zum biometrischen Pass begrüsst. Dies vor allem aus Sicherheitsgründen, denn ein Identitätsausweis ist fälschungsanfälliger.

Bei der Totalrevision der Verordnung über die Einreise und die Visumerteilung werden die Anpassungen begrüsst, da sie gleichzeitig eine Vereinfachung und eine Präzisierung bedeuten, aber auch, weil so Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes einfacher umgesetzt werden können. Daneben wird auch die einzig grössere inhaltliche Änderung begrüsst (Erteilung eines humanitären Visums), welche auf einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs basiert: Der europäische Visakodex gilt nur für kurzfristige Aufenthalte, deshalb kann er nicht als Rechtsgrundlage für eine Einreise zwecks Einreichung eines Asylantrages dienen. Mit einem Asylgesuch wird ein längerer Aufenthalt angestrebt. Die Schweiz muss also bei humanitären Visa für einen längeren Aufenthalt neu ein Visum-D statt Visum-C vergeben.

Generell hält die BDP fest, dass sie die vorgeschlagenen Änderungen begrüsst, jedoch weist sie darauf hin, dass eine Abschottung von Europa das Problem der illegalen Migration nicht lösen wird. Um das Problem nachhaltig beheben zu können, müssen die Schengen-Staaten miteinander und mit Drittstaaten kooperieren und aktiv nach nachhaltigen und menschenwürdigen Lösungen für die Migranten suchen.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz